



CHAMBRE DES SALARIÉS
LUXEMBOURG



Zukunft sichern durch Ausbildung

**Coronakrise darf nicht zur Ausbildungs-
und Fachkräftekrise werden**

Positionspapier Juli 2021

Zukunft sichern durch Ausbildung

Coronakrise darf nicht zur Ausbildungs- und Fachkräftekrise werden

Die globale Corona-Pandemie mit ihren vielfältigen wirtschaftlichen Folgen stellt auch die Berufsausbildung vor große Herausforderungen. Im Jahr 2020 waren die meisten Schulen in ganz Europa geschlossen, darunter auch Berufsschulen. Der Unterricht wurde online gegeben, wenn er denn überhaupt noch stattfand. Viele Betriebe mussten vorübergehend ihre Türen schließen und schickten ihre Mitarbeiter*innen und Auszubildenden nach Hause. So entstanden Lücken beim fachtheoretischen und fachpraktischen Lernstoff. Wie er nachgeholt werden kann, gehört ebenso zu den drängenden Problemen wie die Frage, wie und wann Zwischen- und Abschlussprüfungen durchgeführt werden können, ohne den Ausbildungserfolg des ersten und inzwischen auch schon zweiten Corona-Jahrgangs zu gefährden.¹ Auch wenn im Jahr 2021 eine Entspannung im Pandemiegeschehen greifbar scheint, hat sich für Auszubildende, Prüflinge und junge Menschen kurz vor dem Schulabschluss im wichtigen ersten Halbjahr 2021 die Gesamtsituation noch längst nicht zum Guten gewendet.

Auch wer im vergangenen Jahr die Schule verließ und einen Ausbildungsplatz suchte, stand beim Übergang zwischen Schule und Ausbildung vor hohen Hürden. Denn in der Zeit, in der das Anbahnen von Ausbildungsverträgen sonst auf Hochtouren läuft, kam es zum Herunterfahren aller Aktivitäten: Nicht nur Schulen waren zu, auch die Beratungs- und Vermittlungsdienstleistungen der Arbeitsverwaltungen ruhten, Praktika in Betrieben konnten nicht mehr stattfinden und Unternehmen waren mit Bewerbungsgesprächen zurückhaltend. Das Zusammenfinden von Angebot und Nachfrage erlebte auf allen Ebenen Einschränkungen. Im Jahr 2021 dürfte es ähnlich sein.

Es ist ein bekanntes Phänomen, dass junge Menschen in Wirtschaftskrisen als erste und besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Es stehen nicht nur weniger Ausbildungsplätze zur Verfügung, es werden auch weniger Auszubildende nach dem Abschluss übernommen. Zudem treffen Kündigungswellen oftmals zuerst die jungen Beschäftigten, weil bei ihnen der Kündigungsschutz weniger stark wirkt. All das lässt die Arbeitslosigkeit von unter 25-Jährigen überdurchschnittlich wachsen. Das zeigt sich auch in der Corona-Krise.

Aus vielen Studien ist bekannt, dass der Start in die Arbeitswelt als Arbeitslose für junge Menschen hohe soziale Risiken birgt – eine Hypothek, die noch länger auf Einkommen, Entwicklungs- und Karrieremöglichkeiten liegt. Wenn die Arbeitslosigkeitserfahrungen länger andauern, kann dies sogenannte Scarring Effects hinterlassen, also soziale Narben, die noch im späteren Leben zu einem erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko, schlechteren Gesundheitschancen und geringerer Lebenszufriedenheit führen. In einer Krise, in der viele

¹ Vgl. Cedefop (2020): How are European countries managing apprenticeships to respond to the COVID-19 crisis?: Synthesis report based on information provided by Cedefop community of apprenticeship experts (version 3, August 2020)

junge Menschen gleichzeitig betroffen sind, schreibt sich diese Erfahrung oftmals einer ganzen Generation ein.²

Eine gravierende Auswirkung der durch die Pandemie ausgelösten Wirtschaftskrise ist eine nachlassende Ausbildungsbereitschaft der Betriebe. Selbst bisher engagierte Unternehmen reduzierten ihr Ausbildungsangebot oder zogen sich ganz zurück. Umsatzrückgänge und Unsicherheiten über die weitere Geschäftstätigkeit dürften dazu geführt haben, dass manche für den eigenen Betrieb in nächster Zeit keinen Bedarf an Nachwuchskräften sahen, anderen mag die Zuversicht gefehlt haben, über die kommenden Jahre einen geregelten Ausbildungsablauf garantieren zu können. Doch das könnte bald zu Engpässen führen. Denn die Jugendlichen, die jetzt nicht ausgebildet werden, fehlen den Betrieben in kommenden Jahren als Fachkräfte.

Es lässt sich festhalten: In allen Ländern Europas schrumpft der Ausbildungsmarkt. Dieses Phänomen ließ sich auch in der Weltfinanzkrise 2008/2009 beobachten, nur scheint der negative Effekt der Coronakrise größer. Die Erfahrung mit der damaligen Krise war, dass der Rückgang der tatsächlich realisierten Ausbildungsverhältnisse in späteren Jahren nicht wieder korrigiert werden konnte, selbst dann nicht, als die Konjunktur wieder angesprungen war: Das Ausbildungsangebot blieb weiter deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Wenn sich dieses Muster wiederholen sollte, bedeutet dies eine weitere Verschlechterung für die Berufsausbildung.³

Die Arbeitnehmerkammer Bremen, die Arbeitskammer des Saarlandes, die Chambre de salariés Luxembourg und die Bundesarbeitskammer Österreichs sehen diese Entwicklung mit Sorge. Auf einer Jugendkonferenz am 24. März 2021 haben sie sich ausführlich darüber ausgetauscht. Damit die Coronakrise nicht zu einer Krise für die berufliche Zukunft der jungen Generation wird, haben die Kammern in der Folge Vorschläge entwickelt, wie die Rückkehr zu stabilen Verhältnissen gelingen kann.

² Vgl. Tamesberger, Dennis (2014): Jugendarbeitslosigkeit in Europa: Eine Beschreibung des Problemausmaßes und der Folgen. In: Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (Hrsg.): WISO 37. 2014, Nr. 1.

³ Vgl. Maier, Tobias (2020): Auswirkungen der „Corona-Krise“ auf die duale Berufsausbildung: Risiken, Konsequenzen und Handlungsnotwendigkeiten. Version 1.0.; Bonn.

Die Situation in Deutschland, Luxemburg und Österreich

► Deutschland

In Deutschland musste der Ausbildungsmarkt im Zuge der Coronakrise erhebliche Einbußen verkraften: Das Ausbildungsangebot sank 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 50.700 Plätze beziehungsweise 8,8 Prozent auf 527.400, und die Zahl der jungen Menschen, die eine Ausbildungsstelle nachfragten, verringerte sich um 53.000 beziehungsweise 8,9 Prozent auf 545.700. Zugleich erschwerten die Maßnahmen gegen die Pandemie, dass das Ausbildungsangebot der Betriebe und die Nachfrage von ausbildungsinteressierten Menschen zusammenfanden: 59.900 der angebotenen Lehrstellen konnten bis zum 30. September nicht besetzt werden (11,7 Prozent), während sich noch 78.200 junge Menschen auf der Suche befanden. Die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ging um 57.600 Neuverträge zurück und erreichte damit den niedrigsten Wert seit 1975. Von dem Rückgang des Ausbildungsangebots und der abgeschlossenen Neuverträge waren 2020 alle Bundesländer in Deutschland betroffen.⁴

► Das Bundesland Bremen

Auch in Bremen hat sich die Angebotsseite ungünstig entwickelt. Die Zahl der abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist im Vergleich zum Vorjahr um 10,4 Prozent auf 5.178 zurückgegangen und hat damit einen historischen Tiefstand erreicht. Das Ausbildungsplatzangebot fiel um 7,7 Prozent geringer aus als zuvor und lag bei 5.517 Lehrstellen. Anders als im Bund zeigten aber im Land Bremen die jungen Menschen auf der Nachfrageseite ein ungebrochen hohes Interesse an betrieblicher Ausbildung. 4.456 Bremer Jugendliche registrierte die Agentur für Arbeit in ihrer Berufsberatung. Das waren 117 beziehungsweise 2,7 Prozent mehr als im Vorjahr. Von ihnen waren 1.000 junge Menschen noch auf der Suche, als das Ausbildungsjahr schon längst angefangen hatte.

Weil Bremen als kleines Bundesland eine Einpendelregion ist, ist die Gesamtnachfrage aber noch deutlich höher. Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) erfasste für das Jahr 2020 insgesamt 8.046 Bewerber*innen bei Ausbildungsbetrieben im Land Bremen. Das übersteigt das Angebot bei Weitem. Rechnerisch kamen auf 100 Ausbildungsinteressierte nur 68,6 offene Ausbildungsstellen im Land Bremen.

Der Ausbildungsmarkt ist im Land Bremen seit vielen Jahren geprägt von einem Unterangebot an Lehrstellen. Zuletzt beteiligten sich nur noch 22,2 Prozent der Betriebe an der Ausbildung

⁴ Die Analysen zur Ausbildungsmarktentwicklung in Deutschland basieren auf der Erhebung des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) über neu abgeschlossene Ausbildungsverträge und der Ausbildungsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) – jeweils zum Stichtag 30. September. Auch die beiden folgenden Abschnitte zu den Bundesländern Bremen und Saarland beziehen sich auf dieses Datenmaterial.

des eigenen Fachkräftenachwuchses. Im Krisenjahr 2020 dürft diese Zahl voraussichtlich weiter gesunken sein.

Dass die Coronakrise die Ungleichgewichte zwischen Ausbildungsangebot und -nachfrage im Land Bremen weiter verschärft hat, schlägt sich auch in einem drastischen Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit⁵ nieder. Mit Beginn des Ausbildungsjahres im August 2020 war mit 5.090 jugendlichen Arbeitslosen ein vorläufiger Höhepunkt erreicht. Gegenüber dem März, dem Monat des ersten teilweisen Lockdown, war das ein Anstieg von 46 Prozent. Im Jahresdurchschnitt 2020 betrug die Jugendarbeitslosenquote in Bremen 10,9 Prozent. 84 Prozent der jungen Arbeitslosen verfügten nicht über einen Berufsabschluss.

► Das Bundesland Saarland

Auch im Saarland wirkt sich die Coronakrise massiv auf die berufliche Zukunft junger Menschen aus. Die Zahl der Neuverträge ging 2020 gegenüber dem Vorjahr um 990 beziehungsweise 14,1 Prozent zurück. Insgesamt kam es zu 6.009 Vertragsabschlüssen, was einen deutlichen Einbruch bedeutet. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 ist diese Zahl um 35,1 Prozent zurückgegangen.

Während von den Unternehmen im Beratungsjahr 2019/2020 bei den Agenturen für Arbeit 764 Stellen weniger gemeldet wurden, ging im selben Zeitraum die Zahl der Bewerber*innen um 182 zurück. Von allen Ausbildungsinteressierten blieben 32,9 Prozent ohne betrieblichen Ausbildungsplatz. Dass die Krise noch nicht bewältigt ist, zeigt das laufende Beratungsjahr 2020/2021: Bis Ende März 2021 wurden erneut 10,6 Prozent (600 Stellen) offene Ausbildungsstellen bei der Agentur für Arbeit gemeldet, während die Zahl der Bewerber*innen um 16,8 Prozent (600 Stellen) zurückging.

Die Corona-Krise trifft im Saarland auf einen ohnehin seit Jahren angespannten Ausbildungsmarkt. Schon vor der aktuellen Krise hingen für viele junge Menschen die Ausbildungschancen von ihrem Wohnort, ihrem Schulabschluss oder dem Pass ihrer Eltern ab. Trotz des in den letzten Jahren geäußerten und zum Teil hohen Bedarfs an qualifizierten Fachkräften sinkt nicht nur im Saarland die Ausbildungsbetriebsquote seit Jahren kontinuierlich: Lag sie 2012 noch bei 27,0 Prozent, sank sie 2018 auf den aktuell vorliegenden Wert von nur noch 22,7 Prozent.

⁵ Jugendarbeitslosigkeit definiert das Ausmaß der Arbeitslosigkeit in der Altersgruppe von 15 bis 24 Jahren. Die Altersabgrenzung entspricht der international üblichen Konvention, wie sie etwa vom gemeinsamen Statistischen Amt der Europäischen Union verwendet wird.

In Deutschland müssen sich die jungen Menschen bei der Arbeitsverwaltung melden, um als arbeitslos registriert zu werden, und dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Weil gerade junge Menschen häufig keine Leistungsansprüche haben und sich keine Vermittlung erhoffen, dürfte die Zahl der jungen Arbeitslosen untererfasst sein. Hinzu kommt, dass in der Statistik nicht als arbeitslos gilt, wer an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnimmt.

Als Folge der prekären Situation auf dem Ausbildungsmarkt hat sich im Saarland auch die Jugendarbeitslosigkeit erheblich verschärft. Sie erreichte ihren vorläufigen Höhepunkt im August 2020 mit 3.958 gemeldeten jungen Arbeitslosen. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einem Zuwachs um 29,9 Prozent oder 912 jungen Menschen. Die Jugendarbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 2020 stieg auf 6,2 Prozent im Vergleich zu 5,2 Prozent im Jahr 2019. Drei Viertel der jugendlichen Arbeitslosen verfügten nicht über einen Berufsabschluss.

Handlungsbedarf gibt es aber nicht nur bei der Quantität, sondern auch hinsichtlich der Qualität. Nach dem aktuell vorgestellten saarländischen DGB-Ausbildungsreport beurteilt zwar mit 67,8 Prozent die große Mehrzahl der jungen Menschen die Qualität ihrer Ausbildung als gut oder sehr gut, der Report zeigt allerdings auch viele Mängel auf. Zu ihnen gehören Überstunden, fehlende Ausbildungspläne, ausbildungsfremde Tätigkeiten, fehlende Betreuung und das Ausbleiben einer Übernahmezusage. Nicht zuletzt haben Betriebe in der Pandemie aber auch dafür zu sorgen, dass Auszubildende trotz Kurzarbeit Lehrinhalte vermittelt bekommen.

► **Luxemburg**

In Luxemburg wurden im Corona-Jahr 2020 insgesamt 1.885 neue betriebliche Verträge abgeschlossen.⁶ Im Vergleich zum Vorjahr, waren dies 347 Verträge weniger, also ein Rückgang von 15,6 Prozent. Allerdings ist zu beachten, dass das Jahr 2019 als Rekordjahr gilt, sodass der Rückgang im Vergleich zum Mittelwert der Jahre 2014 bis 2018 wesentlich geringer ausfiel mit nur 2,4 Prozent.

Die Zahl der Lehrstellensuchenden sank auf 2.062 und damit auf den niedrigsten Stand seit 2011. Gegenüber dem Vorjahr 2019 waren 278 beziehungsweise 11,9 Prozent Jugendliche weniger auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Es ist davon auszugehen, dass viele Jugendliche im Angesicht der Krise eine rein schulische Laufbahn einschlugen und duale Ausbildungswege gar nicht erst in Betracht zogen.

Die Entwicklung bei den erfolglos suchenden Jugendlichen und den unbesetzt gebliebenen Ausbildungsstellen fügt sich in dieses Bild ein. Die Zahl der jungen Menschen, die keine Ausbildungsstelle finden konnten, lag weit unter dem Niveau der letzten zehn Jahre (mit Ausnahme des Rekordjahres 2019). In den Jahren 2011 bis 2018 bemühten sich durchschnittlich 303 Jugendliche vergebens um eine Ausbildungsstelle, gegenüber 177 im Krisenjahr 2020 (minus 41,4 Prozent). Mit 501 betrieblichen Lehrstellen blieb rund jeder fünfte der gemeldeten 2.286 Ausbildungsplätze unbesetzt, im Vergleich zu durchschnittlich 194 im Zeitraum 2011 bis 2018.

Die Jugendarbeitslosigkeit 2020 hat in Luxemburg im Zuge der Coronakrise deutlich zugenommen. Der höchste Zuwachs gegenüber dem Vorjahr wurde mit 59 Prozent im Mai

⁶ Zahlen: Arbeitsamt. Es gilt die Meldepflicht für alle offenen Lehrstellen und für Lehrstellensuchende beim Arbeitsamt.

2020 verzeichnet: Die Zahl der jugendlichen Arbeitsuchenden stieg von 1.275 auf 2.029 (plus 754)⁷. Insgesamt kletterte die Arbeitslosenquote der 15- bis 24-Jährigen im Jahr 2020⁸ auf 22,9 Prozent, das entspricht einem Anstieg um 35,5 Prozent. Das Risiko, arbeitslos zu werden, war für junge Menschen in Luxemburg mehr als dreimal so hoch wie bei der Gesamtpopulation (Arbeitslosenquote von 6,8 Prozent). Auch der Vergleich mit den Ländern der Eurozone, in denen die Jugendarbeitslosigkeit durchschnittlich bei 17,3 Prozent lag, zeigt, dass in Luxemburg junge Menschen im besonderen Maße den Risiken von Arbeitslosigkeit ausgesetzt waren.

► Österreich

In Österreich zeigten sich die Auswirkungen der Corona-Krise vor allem bei den Lehrstellensuchenden sowie den offenen Lehrstellen. Im März 2020 stieg die Anzahl an Lehrstellensuchenden mit einem Plus von 20,0 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat deutlich an. Hätte sich das Jahr 2020 so entwickelt, wie im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2019 hätte es im Mai 2020 rund 5.000 Lehrstellensuchende gegeben. Stattdessen gab es 8.835 Lehrstellensuchende in diesem Monat. Auch in den darauffolgenden Monaten erhöhte sich die Anzahl entgegen dem in der Vergangenheit beobachtbaren Trend noch weiter und erreichte mit 11.613 Lehrstellensuchenden im Juli 2020 den Höhepunkt. Das entspricht einem Zuwachs um 11,8 Prozent. Negativ spiegelbildlich verlief die Entwicklung bei den offenen Lehrstellen. In den besonders stark betroffenen Monaten März, April und Mai waren österreichweit gerade einmal rund 4.500 sofort verfügbare Lehrstellen gemeldet. Selbst im September, dem Monat mit den traditionell meisten gemeldeten offenen Lehrstellen, blieb die Zahl mit 8.805 offenen Stellen deutlich unter dem zu erwartenden Wert von rund 10.400 Stellen zurück.

Insgesamt waren zum Höhepunkt der Krise im April 2020 61.216 Jugendliche im Alter von 15 bis 24 Jahren arbeitslos gemeldet. Die Arbeitslosenquote nach österreichischer Definition⁹ erreichte unter Jugendlichen mit 13,4 Prozent einen traurigen Höhepunkt.

Angesichts der stark gestiegenen Anzahl der Lehrstellensuchenden fiel auf, dass die Anzahl der jungen Menschen in Ausbildung im Jahr 2020 stabil geblieben ist. Es gab im Jahresdurchschnitt 108.416 Auszubildende, das entsprach einem Rückgang von 695 beziehungsweise 0,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Eine mögliche Erklärung dafür wäre, dass in den letzten Jahren der Abwärtstrend bei den Lehrlingszahlen in Österreich durch diverse Imagekampagnen und verstärkte aktive Lehrlingsanwerbung gerade im technischen und

⁷ Zahlen: Arbeitsamt (Agence pour le développement de l'emploi).

⁸ Zahlen: Eurostat. Die repräsentative Auswahl bei der aktiven Bevölkerung dieser Altersklasse ist sehr gering im Vergleich zu anderen Ländern.

⁹ Als arbeitslos nach österreichischer Definition gelten all jene, die beim Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) als arbeitslos gemeldet sind, abzüglich jener, die sich zu diesem Zeitpunkt in einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme (Schulung u. Ä.) befinden.

industriellen Bereich verlangsamt werden konnte und ohne die Corona-Krise 2020 ein neuerlicher Anstieg der Zahl der Auszubildenden zu verzeichnen gewesen wäre.

Große Unklarheit herrscht noch über die weitere Entwicklung des Lehrstellenangebots, hängt diese doch von einer Vielzahl von Faktoren ab (Entwicklung der Infektionszahlen, weitere Lockdowns, staatliche Unterstützungsmaßnahmen). Für den Herbst 2021 erwarten viele Expert*innen eine Insolvenzwelle, die auch negative Effekte auf den Ausbildungsmarkt hätte. Ebenso ist damit zu rechnen, dass viele Jugendliche, die sich im Herbst 2020 für die Fortsetzung ihrer schulischen Bildung entschieden haben, im Jahr 2021 auf den Lehrstellenmarkt drängen werden. Staatliche Maßnahmen sollten sich daher darauf konzentrieren, ein ausreichendes Ausbildungsplatzangebot zu schaffen.

Wege aus der Krise – Schutzschirm und Offensive für Ausbildung

Möglichst viele junge Menschen, die einen Ausbildungsplatz suchen oder sich bereits in Ausbildung befinden, sollen auch unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie erfolgreich einen Ausbildungsabschluss erreichen können. Das ermöglicht ihnen einen guten Einstieg ins Arbeitsleben und eine gesicherte Zukunftsperspektive. Gleichzeitig ist die Berufsausbildung das Rückgrat der Fachkräftesicherung. Mehr denn je wird die Wirtschaft den gut ausgebildeten Fachkräftenachwuchs in der Zukunft benötigen. Wenn nicht politisch gegengesteuert wird, könnte die Corona-Krise nahtlos in eine Fachkräftekrise übergehen, sobald die Konjunktur wieder anspringt, während die Jugendarbeitslosigkeit und die Zahl der ungelerten Arbeitslosen gleichzeitig steigen. Der demografische Wandel inmitten einer technologischen und strukturellen Transformation wird sich ohne Ausbildungsinitiative kaum bewältigen lassen.

► Ein Schutzschirm für Ausbildung zur Bewältigung der Krise

Der Vorzug des betrieblichen Ausbildungssystems, das die Berufsbildung eng an Betriebe koppelt, kann im wirtschaftlichen Krisenfall zum Nachteil werden. Noch ist die Pandemie nicht ausgestanden und die wirtschaftliche Krise, die sie ausgelöst hat, nicht bewältigt. Ab dem Spätsommer droht eine weitere Zuspitzung der Lage. Die Arbeitskammern fordern deshalb verschiedene Sofortmaßnahmen:

- Für junge Menschen in Ausbildung gilt es, den Ausbildungserfolg abzusichern:
 - Das Vermitteln von Fachpraxis im Betrieb und von Fachtheorie in der Berufsschule sind bei vielen ins Hintertreffen geraten. Es muss zusätzliche Unterstützung organisiert werden, um Rückstände aufholen zu können.
 - Auszubildende brauchen Freistellungsmöglichkeiten vom Betrieb für Lerntage, die sie beispielsweise zusätzlich in der Berufsschule oder in anderen Kursmaßnahmen zum

Nachholen und Festigen des Lernstoffs nutzen können. Das gilt nicht nur, aber auch zur Vorbereitung auf Zwischen- und Abschlussprüfungen.

- Bei der Insolvenz von Betrieben brauchen Auszubildende Unterstützung, um ihre Lehre bruchlos und erfolgreich fortsetzen zu können. Spezialisierte Beratungseinheiten in den Arbeitsverwaltungen sollen solche Übergänge ermöglichen. Eine staatlich finanzierte Prämienzahlung an die aufnehmenden Betriebe kann dies erleichtern.
- Der Rückgang des Angebots am Ausbildungsmarkt muss zumindest vorübergehend durch staatliche Interventionen kompensiert werden:
- Der öffentliche Dienst soll seine Ausbildungskapazitäten ausweiten, das Spektrum der angebotenen Berufe vergrößern und vorübergehend über den eigenen Bedarf ausbilden.
 - Allen Jugendlichen, die einen Ausbildungsplatz suchen, soll ein Ausbildungsplatz angeboten werden. Dafür müssen die öffentlich geförderten Lehrstellen außerhalb von Betrieben ausgebaut werden. Beispielgebend ist die österreichische Ausbildungsgarantie, die Jugendlichen den Einstieg in das erste Ausbildungsjahr in einer außerbetrieblichen Einrichtung bietet und sich um die schnellstmögliche Fortsetzung in einem passenden Betrieb bemüht.
- Die Berufsorientierung und die Unterstützung beim Matching müssen intensiviert werden:
- Gute Berufsorientierung ist entscheidend für die passende Berufswahl und den Ausbildungserfolg. Sie muss in den allgemeinen Bildungsauftrag eingebunden sein und die soziale und politische Dimension von Arbeit und Beruf berücksichtigen. Gerade wegen der Unterrichtsausfälle in den allgemeinbildenden Schulen muss die Berufsorientierung jetzt besondere Beachtung finden und verstärkt werden, beispielsweise durch berufspraktische Schnuppertage.
 - Das Zusammenfinden von Bewerber*innen und einstellenden Betrieben ist durch die pandemiebedingten Maßnahmen deutlich erschwert worden. Damit ausbildungssuchende junge Menschen nicht erfolglos bleiben, während zugleich Lehrstellen vakant sind, müssen die Beratungs- und Vermittlungsdienstleistungen der Arbeitsverwaltungen intensiviert werden.
 - Vor diesem Hintergrund müssen jetzt vermehrt digitale Formate ausprobiert werden, um junge Menschen beruflich zu orientieren und erste Kontakte zwischen Bewerber*innen und Unternehmen anzubahnen. Alle digitalen Wege, die sich unter den Bedingungen der Pandemie als erfolgreich erweisen, sollten wie beispielsweise die ersten digitalen Ausbildungsmessen auch künftig breit genutzt werden.

► **Eine Ausbildungsoffensive zur Sicherung von Zukunftsperspektiven**

Auch wenn der Staat in der Krise kompensatorisch eingreift, bleibt die Ausbildung des Fachkräftenachwuchses Aufgabe der Arbeitgeber. Für die Erholung des Ausbildungsmarkts wird entscheidend sein, wie die betrieblichen Investitionen in die Berufsausbildung wieder angeregt und mittelfristig abgesichert werden können. Die Krise 2008/2009 hat gezeigt, dass sich das Ausbildungsangebot der Betriebe nicht ohne weiteres Zutun erhöht, obwohl sich am Markt bereits Fachkräfteengpässe abzeichnen. Das bedeutet nicht nur fehlende Zukunftschancen für junge Menschen, sondern fügt auch der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit Schaden zu.

- Mit einer Umlagefinanzierung Investitionen in Ausbildung anregen und für einen fairen finanziellen Ausgleich zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Unternehmen sorgen:
 - Vor dem Hintergrund des rückläufigen betrieblichen Ausbildungsengagements und des steigenden Fachkräftebedarfs in Unternehmen in der aktuellen demografischen Umbruchphase würde eine Umlagefinanzierung die Kosten für Ausbildung fair auf alle Betriebe verteilen.
 - Eine solche Finanzierung bietet starke Anreize für einzelbetriebliche Investitionen in die Ausbildung des Nachwuchses für den Fachkräftemarkt und leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunftssicherung des betrieblichen Ausbildungssystems und der nachhaltigen Fachkräftesicherung. Wo tarifliche Regelungen verbindlich für Branchenumlagen sorgen, haben sie Vorrang vor einer gesetzlichen Umlagefinanzierung.

► **Die Qualität von Ausbildung nachhaltig absichern**

Qualitätssicherung in der Ausbildung ist eine ständige Aufgabe. Überstunden, fehlende Ausbildungspläne, ausbildungsfremde Tätigkeiten, fehlende Betreuung durch Ausbilderinnen und Ausbilder sowie das Ausbleiben einer Übernahmezusage werden immer wieder von Auszubildenden als Probleme benannt. Auch in den Ausbildungsbetrieben, in denen die Welt in Ordnung scheint, ist ein genauerer Blick auf die Ausbildungsqualität wichtig. Ist die Ausstattung der Ausbildung hinreichend? Sind die betrieblichen Ausbildungsstellen geeignet? Wird der Ausbildungsrahmenplan betrieblich umgesetzt? Verfügt das neben- und hauptberufliche Ausbildungspersonal über hinreichende Qualifikationen? Steht genügend Ausbildungspersonal bereit? Neben einer qualitativ guten Ausbildung mit einer garantierten Weiterbeschäftigungszeit, guten Arbeitsbedingungen und Aufstiegs- und Entwicklungsmöglichkeiten im Unternehmen gehört auch eine tarifvertragliche Vergütung dazu, die außer in Österreich bisher nicht durchgesetzt ist.



CHAMBRE DES SALARIÉS
LUXEMBOURG



Juli 2021

Impressum: KammerPosition Nr. 11/2021, Juli 2021 / Herausgeberinnen: Arbeitnehmerkammer Bremen, Bundesarbeitskammer Österreich, Arbeitskammer des Saarlandes, Chambre des Salariés Luxembourg

Ansprechpartner*innen

In Bremen: Regine Geraeds

geraeds@arbeitnehmerkammer.de

Arbeitnehmerkammer Bremen

Bürgerstr. 1
28195 Bremen
T + 49 (0)

www.arbeitnehmerkammer.de

In Luxemburg: Jeannine Kohn

Jeannine.Kohn@csl.lu

Chambre des salariés Luxembourg

18 rue Auguste Lumiere
L-1950 Luxembourg
T + 352 44 40 91 1

<https://www.csl.lu/fr/>

In Wien: Thomas Moldaschl

thomas.moldaschl@akwien.at

**Bundesarbeitskammer für Arbeiter und
Angestellte Österreich**

Prinz-Eugen-Straße 20-22
1040 Wien, Österreich
T + 43 (0) 1 501 65-0

www.arbeitnehmerkammer.at

Im Saarland: Roman Lutz

roman.lutz@arbeitskammer.de

**Arbeitskammer des Saarlandes|
beraten.bilden.forschen.**

Fritz-Dobisch-Straße 6-8
66111 Saarbrücken, Deutschland
T + 49 (0) 681 4005- 0

www.arbeitskammer.de